

16.35

Bundesrat Werner Herbert (FPÖ, Niederösterreich): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Jetzt ist Kollege Schennach leider nicht da. (*Bundesrat Schennach: Oh ja!*) – Oh, da ist er. Es tut mir leid, Kollege Schennach, dass wir deine vorbereitete Kontrarede leider nicht hören konnten, weil du offensichtlich so überrascht warst, dass auch die freiheitliche Fraktion diesem Datenschutzbericht 2015 zustimmen wird. Wir tun das sehr gerne. Und ich darf mich an dieser Stelle auch für die Übermittlung dieses Berichtes bedanken, der nicht nur sehr übersichtlich und prägnant ist, sondern auch in seiner Darstellung klar zum Ausdruck bringt, wie sehr die Datenschutzbehörde auch im vergangenen Jahr hinsichtlich gestiegener Anfragen und Erledigungen, sei es jetzt bei den Eingangsstücken und allgemeinen Erledigungen, aber auch bei den Tätigkeiten des Datenverarbeitungsregisters gefordert war.

Das zeigt, dass der Datenschutz eine Sache ist, die mittlerweile eine doch große Breitenwirkung in der durchschnittlichen Bevölkerung erreicht hat. War der Datenschutz früher ein politisches Minderheitenprogramm für einige erlesene Insider, ist er mittlerweile eine Sache, die wohl über die verschiedensten Zugänge fast nahezu jedermann berührt. Wenn wir uns den Kriminalitätsbericht 2015 hernehmen und sehen, dass der Internetbetrug, der in der Regel überwiegend entweder die Vorspiegelung einer falschen virtuellen Identität oder gar die Erlangung eines falschen Zugangscodes als wesentliche Kriminalitätsmerkmale aufweist, allein im Jahr 2015, wie gesagt, um 12,6 Prozent gestiegen ist, dann heißt das, dass der Datenschutz in dieser negativen Weise wohl schon eine Vielzahl von Österreicherinnen und Österreichern, vorwiegend diejenigen, die täglich oder vielleicht auch etwas seltener im Internet kommunizieren oder Geschäfte durchführen, betrifft.

Ein weiterer Punkt ist die bereits angesprochene allgemeine politische Vernetzung des Internets und die daraus resultierenden Gesamtfolgen: Safe Harbor wurde schon angesprochen. Das ist eine Sache, die wahrscheinlich in kommenden Jahren zu einer neuen Regelung im Bereich der Übermittlungsstrategien und Übermittlungsvorgänge von Daten in die USA führen wird. Die alte Regelung wurde durch das Urteil im Verfahren von Schrems im vergangenen Jahr aufgehoben, und seither ist man seitens der Europäischen Union redlich bemüht, eine Nachfolgeregelung zu finden, die aber nicht zuletzt aufgrund der Feststellung des EuGH, dass eben die USA kein sicheres Datenschutzland sind, wohl eine gewisse Herausforderung darstellt. Ungeachtet dessen lese ich heute in den virtuellen Medien, konkret auf „ORF.at“, dass die USA darüber hinaus ihr Interesse an den sozialen Seiten, wie es hier heißt, entdecken.

Konkret geht es darum, dass sie beabsichtigen, bei zukünftigen Befragungen zur Visa-Erteilung auch etwaige virtuelle Identitäten auf Facebook, Twitter und dergleichen abzufragen, und das wohl auch in diesem Fall nicht nur – das ist jetzt meine eigene Unterstellung – zum eigenen Schutz oder dem Schutz der Staaten der USA, sondern auch um ihre allgemeine und mittlerweile wohl auch sehr bekannte Wissbegier – die NSA hat es uns schon vorgezeigt – allgemein zu stillen. *(Zwischenruf des Bundesrates Schennach.)*

Das ist meiner Meinung nach eine höchst bedenkliche Sache. Das zeigt uns, dass wir gerade auf die zukünftigen Entwicklungen im Bereich des Datenschutzes besonders genau achten sollten. Es ist ein besonders heikles Thema, weil es wohl über kurz oder lang nicht mehr ein bisschen mehr als ein Minderheitenprogramm sein wird, sondern eine Sache, mit der sich fast jeder österreichische Staatsbürger und jede österreichische Staatsbürgerin unmittelbar beschäftigen muss.

In diesem Sinne darf ich mich bei der Datenschutzbehörde namens meiner Fraktion nochmals bedanken. Wir werden diesem Bericht natürlich gerne zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ und bei Bundesräten der SPÖ.)*

16.41

Vizepräsident Mag. Ernst Gödl: Ich darf Frau Staatssekretärin Mag. Muna Duzdar hier bei uns im Plenum herzlich begrüßen. *(Allgemeiner Beifall.)*

Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Bundesrätin Dr. Reiter. – Bitte.